

**Betreff:**

Erhalt der kommunalen Strukturen im Bereich der Wasserversorgung

**Antragstext:**

Antrag der FDP-Fraktion:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, alle seine politischen Möglichkeiten zu nutzen, um die Durchsetzung der Privatisierung in Kernbereichen der kommunalen Daseinsvorsorge zu verhindern. Insbesondere ist hierbei die kommunale Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der angestrebten EU-Richtlinie herauszuhalten. Auch die ausschreibungsfreie Zusammenarbeit öffentlicher Stellen, wie etwa zwischen Kommunen und kommunalen Wasserversorgern soll erhalten bleiben.

**Begründung:**

Die Europäische Kommission will für die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen europaweit einheitliche Vergaberichtlinien schaffen um somit mehr Wettbewerb in den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu tragen. Das würde bedeuten, dass Städte und Gemeinden gezwungen wären, europaweit auszuschreiben, wovon insbesondere die Wasserversorgungsunternehmen betroffen wären. Dies hätte einen europaweiten Handel mit dem Grundlebensmittel Wasser zur Folge. Die Trinkwasserversorgung darf nicht profitorientiert zur Handelsware werden. Deshalb muss die kommunale Daseinsvorsorge und -fürsorge gerade in diesem Bereich erhalten bleiben.

Wiesbaden, 16.04.2013